

Bericht aus Berlin

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

am Ende dieser Sitzungswoche haben wir mit der Kanzlermehrheit das **Rentenpaket I** beschlossen. Mit ihm setzten wir Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag um, die wir im Frühsommer gemeinsam getroffen hatten.

Leider ist bei der ganzen Debatte ein wenig ins Hintertreffen geraten, dass Teil des Rentenpakets I auch der Start der **Aktivrente** ab Januar 2026 ist – ein echtes CDU-Projekt. Damit wird Arbeitnehmern ein starker Anreiz gegeben, auch im Ruhestand zumindest in Teilzeit weiterzuarbeiten. 2000€ pro Monat können nun neben der gesetzlichen Rente steuerfrei hinzuerdient werden. Mit dieser Maßnahme mildern wir den Fachkräftemangel in Deutschland und können Erfahrungswissen in den Unternehmen halten. Das ist gerade für unseren Mittelstand zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ungemein wichtig. Beschlossen wurde auch, die Wirksamkeit des neuen Instruments in zwei Jahren zu evaluieren und dann auch die Ausweitung auf Selbstständige zu prüfen.

Die im Koalitionsvertrag ebenfalls verabredete **Rentenkommission** wird nun noch vor Weihnachten – und damit deutlich früher als vorgesehen – eingesetzt. Sie wird das gesamte System der Alterssicherung in den Blick nehmen und noch im nächsten Jahr Empfehlungen vorlegen. Daraus wird dann ein **Rentenpaket II** werden.

Die Bedenken, die insbesondere jüngere Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Vorfeld geäußert hatten, waren mehr als nachvollziehbar. Die Beschlüsse zum Rentenniveau sind sicher keine CDU-Politik. Aber in einer Koalition müssen beide Seiten Vorstellungen des anderen Partners mittragen, auch wenn das im Einzelfall schwerfällt. Ähnlich schwer fiel es beispielsweise vor wenigen Monaten vielen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD, dem Stopp des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit subsidiären Schutzstatus zuzustimmen.

Letztlich hat die Koalition heute unter Beweis gestellt, dass sie auch bei umstrittenen Themen handlungsfähig ist. Das ist ein wichtiges Signal, auch

wenn die Äußerungen von Bundesarbeitsministerin Bas in den letzten Tagen ganz sicher nicht zur Beruhigung beigetragen haben.

Nachfolgend habe ich Ihnen wieder viele Informationen über Vorgänge und Entscheidungen in Berlin zusammengestellt, die es meist nicht auf die Titelseiten der Zeitungen oder Newsportale schaffen, die aber für unsere erfolgreiche Regierungsarbeit wichtig sind. Bei Fragen zu den einzelnen Themen steht Ihnen mein Berlin Büro gerne zur Verfügung.



Gunther Krichbaum

Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich hier anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

Wahlkreisbüro Pforzheim:

Telefon: 07231-140061

Email: gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

Telefon: 030-227 70371

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?

Dann folgen Sie mir auf:



Fachkommission soll Jugendschutz im Netz verbessern

Familienministerin Karin Prien will Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt besser schützen. Dazu hat sie in der letzten Woche eine 18-köpfige Fachkommission berufen, die schon im nächsten Jahr hierzu Vorschläge

erarbeiten soll. Der Ministerin ist es ein wichtiges Anliegen, Kinder und Jugendliche effektiv vor den Gefahren der digitalen Medien zu schützen und ihnen zugleich digitale Teilhabe zu ermöglichen, denn die digitale Welt gehört schon längst zu ihrem Leben dazu.

Die Themen für die neue Kommission sind breit angelegt. Neben der Frage, **ab wann Kinder und Jugendliche Zugang zu digitalen Medien erhalten**



sollten, wird es auch um den **Schutz vor Cybermobbing, Radikalisierung** aller Art und **sexualisierte Gewalt** gehen.

Arbeitsauftrag für die Kommission ist es, binnen zwölf Monaten eine Strategie für den Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt mit konkreten Handlungsempfehlungen für alle Akteure, d. h. Bund, Länder und Zivilgesellschaft, zu erarbeiten. Daneben soll auch Eltern und Schulen Handlungsempfehlungen gegeben werden.

Weitere Entlastungen für Bürger und Unternehmen

Mit der Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes 2025 wurden in dieser Woche erneut zentrale Wahlversprechen zur weiteren Entlastung von Bürgern und Unternehmen ab dem 1. Januar 2026 umgesetzt. Die **Entfernungspauschale** wird auf künftig 38 Cent ab dem ersten Kilometer für alle Steuerpflichtigen angehoben. Ebenfalls wird der **Umsatzsteuersatz für Speisen in der Gastronomie** von 19 auf 7 Prozent



dauerhaft gesenkt. Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements erhöhen wir u. a. die **Übungsleiterpauschale** auf 3.300 Euro und die **Ehrenamtspauschale** auf 960 Euro.

Zudem wird der **Anreiz für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft** erhöht. Bislang waren Mitgliedsbeiträge Teil des Arbeitnehmer-Pauschbetrags von 1000 Euro und wirkten sich bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern steuerlich nicht aus. Das wird nun geändert: Die Beiträge sind zusätzlich zum Pauschbetrag abzugsfähig.

Zur Stärkung von Verbrauchern und Automobilwirtschaft wurde die **Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge** verlängert. Sie gilt jetzt für alle bis zum 31. Dezember 2030 erstmalig zugelassenen E-Fahrzeuge werden. Die zehnjährige Steuerbefreiung wird jedoch begrenzt bis längstens

31. Dezember 2030 erstmalig zugelassenen E-Fahrzeuge werden. Die zehnjährige Steuerbefreiung wird jedoch begrenzt bis längstens 31. Dezember 2035, um einen Anreiz für die frühzeitige Anschaffung eines reinen Elektrofahrzeuges zu geben.

Föderale Modernisierungsagenda

Mit der „Modernisierungsagenda für den Bund“ hatte das Bundeskabinett im Oktober den ersten Grundstein hin zu einem Staat gelegt, der Menschen Zeit zurückgibt, Entscheidungen schneller trifft und digital funktioniert. Aber in unserem föderalen Staatsaufbau müssen auch die Länder mit ins Boot genommen werden. In dieser Woche wurde nun eine ambitionierte „**Föderale Modernisierungs-**



sagenda“ auf der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen. So werden eine Reihe von Nachweis- und Dokumentationspflichten entfallen und Regeln gestrichen, die nur noch Kontrolle simulieren, aber keinen Mehrwert bringen. Dabei akzeptieren wir bewusst, dass ein moderner Staat nicht jedes Risiko tragen kann. Wo immer es geht, gilt künftig, dass ein Antrag als genehmigt gilt, wenn die Behörde nicht entscheidet – und nicht umgekehrt. Den gesamten Text finden Sie im Anhang.

Asylwende geht weiter

Vor einigen Jahren wurde in Deutschland die Kategorie der „**sicheren Herkunftsstaaten**“ eingeführt. Das sind Länder, in denen ein ganz überwiegender Teil der Asylanträge als unbegründet abgelehnt werden. Der Vorteil dieser Einstufung ist es, dass neue Asylanträge sehr viel schneller bearbeitet und die Entscheidungen sehr rasch gefällt werden können. Das beschleunigt das gesamte



Verfahren sehr, weil auch Rechtsschutzinstrumente eingeschränkt sind. Zur **Einstufung weiterer Staaten** mussten bislang Bundestag und Bundesrat zustimmen. Die Grünen haben durch ihre Beteiligung an mehreren Landesregierungen aber seit Jahren verhindert, dass weitere Länder in diese Kategorie aufgenommen werden können. Das betraf z.B.

Algerien, Marokko und Tunesien, bei denen jeweils 97% aller Asylanträge abgelehnt werden. Nun wurde das Verfahren geändert: Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, kann die Bundesregierung die Einstufung künftig per Rechtsverordnung vornehmen, die Blockade der Grünen ist damit umgangen.

Neu ist auch, dass die Pflicht zur **Bestellung eines anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft**, die von der Ampel eingeführt wurde, wieder **abgeschafft wird**. Das wird Rückführungsprozesse beschleunigen. Außerdem gilt: Wer im **Einbürgerungsverfahren betrügt**, etwa durch gefälschte Sprachzertifikate, erhält eine **zehnjährige Einbürgerungssperre**.

Schleusung auf dem Ärmelkanal: Schluss mit dem Geschäftsmodell!

Seit dem Austritt Großbritanniens aus der EU war das Einschleusen von illegalen Einwanderern aus der EU nach Großbritannien nicht strafbar. Das wird nun endlich geändert, denn die Schleusungsaktivitäten über den Ärmelkanal haben massiv zugenommen, bei denen allein im letzten Jahr 78 Menschen starben.

Solche Schleusungshandlungen werden regelmäßig durch international agierende Netzwerke organisiert, die in zunehmendem Maße auch logistische Unterstützung aus Deutschland erhalten – etwa durch Lagerung und Bereitstellung nautischen Materials für die Überfahrten. Deutschland ist in diesen Fällen nicht nur Transit-, sondern auch Herkunftsstaat wesentlicher logistikbezogener Unterstützungsleistungen. Deshalb wurde die **Lücke im Strafrecht jetzt geschlossen**.

Besuch aus der Heimat



Vergangene Woche hat mich eine Gruppe aus Pforzheim und dem Enzkreis

im Rahmen einer BPA-Reise besucht. Es war mir eine große Freude Euch im Reichstag zu empfangen sowie Rede und Antwort zu stehen. Ich hoffe, Ihr hattet genauso viel Spaß!

Copyright Gunther Krichbaum MdB, 2025. All rights reserved.

Titelfoto: T. Koch; H. Sonbol.

E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de

Homepage: www.gunther-krichbaum.de

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.